

Hauptausschußsitzung des Zentralverbandes

Am 14./15. März 1925 in Eisenach

Nachdem am Abend des 14. März bereits eine 3½ stündigen Sitzung des engeren Vorstandes und der Vertreter der Fachpresse stattgefunden hatte, eröffnete am 15. März, vormittags 9½ Uhr, der 2. Vorsitzende des Zentralverbandes, Herr W. Quentin (Halle a. d. S.), die Hauptausschußsitzung. Anwesend waren außer dem 2. Vorsitzenden die Herren A. Bätge (Berlin), P. Magdeburg (Leipzig), Fr. Schwank (Köln) vom Vorstand, Herr Dr. jur. W. Feising (Berlin), Ehrensyndikus, Herr W. König, Verbandsdirektor; als Vertreter der Unterverbände die Herren E. Kerckhoff (Neuwied), G. Jauch (Stuttgart), W. Tombrock (München), G. Furtner (München), F. L. Leibinger (Wismar), A. Hardy (Hannover), H. Henneberger (Greitswald), O. Firl (Erfurt), W. Bierhenke (Bremen), R. Müller (Braunschweig), P. Ehrke (Stettin), Ernst Sackmann (Altona), W. Schwarz (Frankfurt a. M.), L. Coquot (Hanau), Fr. Ebersberger (Weimar), A. George (Breslau), K. Hempel (Breslau), E. Alker (Hindenburg), C. Kahlau (Kottbus), Fr. Seelmann (Dessau), W. Fink (Chemnitz), G. Kunz (Chemnitz), E. Meyer (Magdeburg), G. Wesemann (Naumburg), K. Tonagel (Perleberg), H. Gor du a n (Charlottenburg), O. Trawny (Dortmund), Th. Erdmann (Paderborn), W. Bistrick (Königsberg); Herr O. Seile (Charlottenburg) vom Markenuhrbeirat; Dr. H. Zeck (Köln), Geschäftsführer des Rheinisch-Westfälischen Verbandes; von der Fachpresse die Herren F r. A. K a m e s (Berlin), K. Naumann (Leipzig), M. Kohl (Köln), A. S c h o l z e (Halle a. d. S.); Dr. H o r n u n g, Steuersyndikus des Zentralverbandes,

Dr. Kurtz von der Geschäftsstelle Halle;

als Gäste die Herren O. Lindenberg (Dortmund), P. Pleißner (Dresden), K. Neufeld, Erfurt.

Herr W. Quentin begrüßt die Anwesenden und gedenkt zunächst des zurückgetretenen 1. Vorsagenden, des Herrn H. Kochendörffer (Kassel), der sich 5 Jahre lang in selbstloser Weise für die Interessen der deutschen Uhrmacher opferte. Er bedauert, daß Herr Kochendörffer sich durch eine ernste Gefährdung seiner Gesundheit veranlaßt sah, sein Amt niederzulegen, und betont, daß nach seiner Information keine anderen Gründe dafür bestimmend waren. Die Versammlung bringt ihren Dank für Herrn Kochendörffer durch Erheben von den Plätzen zum Ausdruck und beschließt, ihm folgendes Telegramm zu senden:

„Hauptausschuß und Vorstand sendet seinem Vorsitzenden herzliche Grüße mit der Hoffnung, daß bis zur Reichstagung seine Gesundheit wieder voll hergestellt ist. Wir geben dem einmütigen Wunsche Ausdruck, daß Sie alsdann die Führung des Verbandes in altbewährter Weise wieder übernehmen können.

Für Hauptausschuß und Vorstand: Quentin."

Nachdem Herr Firl, in dessen Verbandsbezirk die Versammlung stattfand, die Teilnehmer begrüßt hat, erstattet der **Verbandsdirektor Herr W. König einen Bericht über die Tätigkeit der Geschäftsstelle.** Erwähnt sei hieraus, daß außer den laufenden Arbeiten auch noch die Erledigung der Anträge auf Weiterveräußerungsbescheinigungen übernommen werden mußte, die eine enorme Belastung der Geschäftsstelle darstellte. Einen großen Umfang nahm auch die Steuerberatung ein. Ebenso mußte in Fällen unlauteren Wettbewerbes der Verband außerordentlich oft einschreiten. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung des Verbandes ist festzustellen, daß nicht nur mit den vorhandenen Mitteln ausgekommen wurde, sondern ein erheblicher Überschuß erzielt werden konnte. Der neue Haushaltplan wird vorgetragen und begründet. Bei der Besprechung des Haushaltplanes wird von mehreren Rednern

gewünscht, die für das Lehrlingswesen und die Fachschulen ausgesetzten Beiträge zu erhöhen. Statt der für den Lehrlingsausschuß anfänglich vorgesehenen 1500 M werden hierfür 4000 M eingesetzt. Dafür wird auf Antrag der Geschäftsstelle der Posten „Gehälter“ gekürzt. Eine weitere Debatte knüpft sich an die Zahlung des Sterbegeldes. Hierzu liegt der Antrag Pommern vor: „Wir beantragen: Das Sterbegeld des Zentralverbandes ist an jedes Mitglied zu zahlen, sofern die Zahlung vom Vorstand der betreffenden Vereinigung beantragt wird. Die Erfüllung der Beitragspflicht kommt bei dieser wohltätigen Einrichtung nicht in Betracht. Ehrke.“

Die Versammlung ist der Ansicht, daß das Sterbegeld wesentlich zu einem besseren Zusammenhalt und zu einer regelmäßigen Abführung der Beiträge anhält. Man ist der Ansicht, daß, wie es schon in vielen Orten gehandhabt wird, für alte Mitglieder, die Beiträge nicht mehr zahlen können, der Verbandsbeitrag mit durch die Innung entrichtet wird, damit auch diesen Mitgliedern das Sterbegeld ausgezahlt werden kann Weiter besteht der Wunsch, daß in Fällen dringender Notwendigkeit und nach Befürwortung durch die Innungen oder Landesverbände Ausnahmen bei besonders bedürftigen oder altersschwachen Kollegen gemacht werden können.

Der nachstehend veröffentlichte Haushaltplan wird hierauf mit den Änderungen einstimmig angenommen.

Haushaltplan		M	M
Ausgaben			
a) persönliche			
Gehälter.....	17500		
b) sachliche			
Rechtsschug und Steuerauskünfte. . .	3000		
Lehrlingsförderung.....	4000		
Uhrmacherschule.	4000		
Beiträge an andere Verbände	1000		
Spenden.....	500		
Ausweiskartendurchführung.....	500		
Geschäftsstelle Berlin	5000		
Porto.....	3000		
Fernsprecher	1000		
Reisen und Sigungen.....	10000		
Handlungskosten.....	5000		
Drucksachen.....	3000		
Reichstagung.....	2500		
	6000		
Sterbekasse.	10000	70000	
Einnahmen			
Beiträge	60000		
	1000	<u>70000</u>	

Punkt 2 der Tagesordnung betrifft die Entsendung eines Ausschußmitgliedes in den Vorstand. Nachdem der 1. Vorsitzende bekanntgegeben hat, daß nach den Statuten bei Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes der Hauptausschuß befugt ist, bis zur nächsten Reichstagung ein Mitglied in den Vorstand zu entsenden, werden für dieses Amt die Kollegen Bierhenke, Trawny, Firl und Tombrock vorgeschlagen. Nach kurzer Aussprache und nachdem die Herren Bierhenke und Firl eine Wahl abgelehnt haben, wird Herr O. Trawny einstimmig in den Vorstand gewählt. Er nimmt die Wahl dankend bis zur Reichstagung an. Herr Quentin begrüßt ihn und weist noch auf die schwere und verantwortungsreiche Stellung des Vorstandes hin ; er bittet seinerseits um Unterstützung durch die Mitglieder des Hauptausschusses.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung, Markenuhr, referiert Herr Verbandsdirektor König. Er schildert den gegenwärtigen Stand der Vorarbeiten und weist darauf hin, daß durch das Alpina- Abkommen der Markenuhrgedanke wesentlich geändert werden muß. Es sei nicht möglich, daß man jetzt das tue, was man der Alpina verboten hat, das heißt also, die Centra-Marke als Handelsmarke auf Uhren setzt, die nicht eigenes, für die Centra hergestelltes Fabrikat sind. Ein schmaler Weg sei hier geblieben und zwar der, durch die „Präzision“ einige eigene Kaliber herstellen zu lassen. Dadurch sei es vielleicht auch möglich, die für die Kollegenschaft gefahrvolle Stellung der „Präzision“ zu bessern. Von dem Referenten werden zunächst drei Musteruhren vorgelegt zu den Einkaufspreisen *BN,us*, *AJ,—* und *LA,—*.

An die Ausführungen knüpft sich eine sehr eingehende stundenlange Aussprache, die auch auf den nächsten Punkt „Alpina-Frage“ übergreift und demzufolge wenigstens in der Debatte mit diesem Punkte verknüpft wird.

Einigen Rednern erscheint es ungenügend, daß zunächst nur die erwähnten drei Uhren und die Glashütter Centra-Uhr auf den Markt kommen sollen. Von der anderen Seite wird darauf hingewiesen, daß man auch bei der Markenuhr klein

anfangen müsse, um sich erst nach und nach zu entwickeln, und. daß die anfänglich geplante großzügige Ausführung der Markenuhr-Idee eben an dem Ergebnis der letzten Eisenacher Verhandlungen betr. die Alpina-Reklame scheitere. Auf einige prinzipielle Einwendungen gegen die Markenuhr-Idee an sich wird namentlich auch von Herrn Dr. Feising darauf hingewiesen, daß die Reichstagung Hamburg einstimmig die Schaffung der Markenuhr beschlossen habe und der Vorstand verpflichtet sei, die Beschlüsse der Reichstagung auszuführen. Auf der Reichstagung sei der Platz gewesen, prinzipielle Bedenken zu äußern. Im Laufe der Aussprache wird die gesamte Alpina-Frage nochmals aufgerollt. Festgestellt wird mehrfach, daß die Markenuhr kein Kampfmittel gegen die Alpina sei, auch die Alpinisten von dem Vertrieb der Markenuhr nicht ausgeschlossen sein sollen. Herr Direktor König weist darauf hin, daß er den Gedanken einer Markenuhr durch die der Absatz in Uhren gehoben und in den Laden des Uhrmachers gelenkt werden soll, schon 1913 veröffentlicht habe. Mehrere Redner weisen darauf hin, daß es nunmehr unbedingt notwendig sei, die Markenuhr schnell auf den Markt zu bringen. Auf Anfrage wird vom Vorstand mitgeteilt, daß die gesamten Reklame-Entwürfe und das gesamte Reklamematerial bei der Geschäftsstelle fertig vorliegen. Nach einer Besprechung verschiedener Fragen der Alpina-Reklame, insbesondere des Duisburger Falles, wird von Herrn Bätge die folgende Frage in Form eines Antrages eingebracht: „Ist die Versammlung der Ansicht, daß die Schaffung der Markenuhr unter Beschaffung schweizerischer und deutscher Fabrikate weiter unter Hochdruck gefördert werden soll.“ Der Antrag wird einstimmig angenommen, die Frage also bejaht, nachdem vorher noch ein Antrag des Herrn Firl, zunächst über die Alpina-Frage zu verhandeln, und dann über die Markenuhr abzustimmen, gegen 2 Stimmen abgelehnt worden war.

Nach einiger Aussprache wird noch ein Zusatzantrag zu dem Antrag Bätge „Gegen die Führung der Marke Centra als Handelsmarke auf Uhren nicht eigenen Kalibers hat die Versammlung keine Bedenken" angenommen. Durch diesen Beschluß ist der Weg zur weiteren großzügigen Entwicklung der Markenuhr geebnet.

Es tritt eine Mittagspause ein. In der Nachmittagssigung wird zunächst weiter über die Alpina-Frage verhandelt. Nach mehrstündiger Verhandlung einigte man sich, da das letzte Eisenacher Abkommen nicht einwandfrei genug formuliert ist und zu Fehldeutungen und Differenzen Anlaß geben kann, mit der Leitung der Alpina ein neues Abkommen zu treffen, das zunächst von Herrn Dr. F e l s i n g ausgearbeitet und dann noch mit zwei weiteren Mitgliedern des Vorstandes, wozu die Herren Trawny und Magdeburg gewählt werden, abgeschlossen werden soll. Zu diesem Punkte sind vom Thüringer Unterverband und von einer in Köln bestehenden Kommission von Nichtalpinisten Anträge eingegangen. Der Antrag Thüringen betrifft die Einsetzung eines Schiedsgerichtes für den Fall Freytag, Erfurt. Es wird ein ständiges Schiedsgericht gewählt, für das als Nichtalpinisten die Herren Trawny und Bierhenke bestimmt werden. Als Stellvertreter und für den Fall, daß die genannten Herren einmal selbst Partei sein sollten, werden die Herren Schwarz, Frankfurt und Corduan, Charlottenburg, gewählt. Von Herrn Quentin wird folgender Antrag eingebracht: „Der Hauptausschuß des Zentralverbandes tritt dafür ein, daß die mit der Alpina getroffenen Abmachungen unbedingt eingehalten werden müssen. Wer sie nicht hält, muß rücksichtslos zur Rechenschaft gezogen werden. Die in Eisenach getroffenen Abmachungen mit der Alpina müssen klar und eindeutig umgestaltet werden. Der Vorstand wird beauftragt, sofort die nötigen Schritte einzuleiten." Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Herrn Dr. Feising drückt die Versammlung durch Erheben von den Plätzen das Vertrauen aus für die Bearbeitung des neuen Abkommens mit der Alpina und gleichzeitig für seine Tätigkeit als Geschäftsführer der neuen Markenuhr G. m. b. H. Der

Antrag der Kommission der Kölner Nichtalpinisten, der in der Hauptsache darauf hinausläuft, die Alpinisten vom Bezug der Centra-Uhren auszuschließen, wird bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Als nächster Punkt wird die Frage der „Deutschen Präzisions - Uhrenfabrik, Uhrgläserwerke Deutscher Uhrmacher E. G. m. b. H., Glashütte/Sa., behandelt.

Man einigt sich über die in der am nächsten Tage stattfindenden Generalversammlung einzunehmende Stellung und über die für den neuen Aufsichtsrat zu machenden Vorschläge.

Unter „Verschiedenes“ wird zunächst auf Antrag der Herren Firl und Ebersberger ein Schiedsgericht für einen persönlichen Streit, bestehend aus den Herren Seelmann, Dessau, Coquot, Hanau und Dr. Zeck, Köln gebildet. Die Anträge der Innung Hamburg betr. die Aufhebung des Gesetzes über den Ankauf von Edelmetallen und Wegfall der Luxussteuer, sowie die Anträge Hessen betr. die Beseitigung der Luxussteuer und Pommern betr. Ankauf alter Uhren werden von Herrn Dr. Felsing dahin beantwortet, daß wegen der Luxussteuer am 20. März eine Sitzung des Deutschen Uhrenhandelsverbandes stattfindet, bei der versucht werden soll, auf einem ganz neuen Wege für die Aufhebung der Luxussteuer zu plädieren. Das Edelmetallgesetz erreicht ohnehin im nächsten Jahre sein Ende. Es soll trotzdem versucht werden, den Anträgen Geltung zu verschaffen. Weiter werden 2 Anträge von Hessen betr. Hausierprämien und Ausweiskarten erledigt. Herr Hardy, Hannover, weist auf den in Hannover stattfindenden Meisterkursus hin, während Herr Hempel, Breslau, zur diesjährigen Reichstagung einladet und den Kollegen genußreiche und angenehme Stunden in Aussicht stellt. Er bittet überall in den Organisationen für den Besuch der Reichstagung zu werben. Mit einem Dank an die Mitglieder des Hauptausschusses schließt der 2. Vors., Herr W. Quentin, um $\frac{3}{4}$ 9 Uhr die Sitzung. Herr Kerckhoff, Neuwied, drückt Herrn Quentin den Dank der Versammlung aus.

Literatur: Die Uhrmacher-Woche Nr.12 1925 S. 210-211